

Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Erklärung des Vorstandes der GCJZ M-V angesichts der zunehmenden Eskalation bei den Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen:

Shoa-Verharmlosung und Antisemitismus im öffentlichen Diskurs deutlich widersprechen



Die Corona-Pandemie fordert uns alle heraus: als Einzelne, als Familien, als Gesellschaft. Für uns und unser Zusammenleben unverzichtbare Freiheitsrechte müssen miteinander abgewogen werden. Dies geschieht sowohl im öffentlichen Diskurs als auch durch demokratisch legitimierte staatliche Entscheidungen. Es gilt angesichts der das Leben von Menschen bedrohenden Pandemie Maßnahmen zu treffen, die die Gesundheit der Menschen schützt und ihre Freiheitsrechte gewährt. Der Streit über die Angemessenheit solcher Maßnahmen muss und wird in der Öffentlichkeit geführt. Auch wenn wir manche der getroffenen staatlichen Entscheidungen unterschiedlich beurteilen, bleibt die Mehrheit der Menschen in unserem Land beieinander. Streitkultur gehört zum Wesen unserer Demokratie.

Mit großer Sorge nehmen wir als Vorstand der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern e.V. (GCJZ M-V) eine Radikalisierung bei den Demonstrationen, die sich kritisch mit den getroffenen Corona-Eindämmungsmaßnahmen auseinandersetzen, wahr. Dabei nimmt das Gewaltpotential bei einigen Demonstrierenden zu. Zugleich werden zunehmend Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit infrage gestellt und die eigene Position absolut gesetzt. Dies alles verhindert einen Diskurs, den wir so dringend brauchen. Als GCJZ M-V beobachten wir zwei Phänomene, den wir in besonderer Weise klar widersprechen müssen.

Zum einen wird seitens einiger Demonstrantinnen und Demonstranten durch Aussagen und Symbole eine Gleichsetzung der gegenwärtigen Situation mit dem Leben unter den Bedingungen einer Diktatur vollzogen. Dies bezieht sich sowohl auf die menschenverachtende Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus als auch der SED-Herrschaft. Besonders perfide wird dies, wenn sich z.B. Impfverweigerer mit den verfolgten, entrechteten und letztlich ermordeten Jüdinnen und Juden gleichsetzen, indem sie sich mit einem „gelben Stern“ versehen. Hier werden die Opfer der Shoa, der systematischen Ermordung von Juden in der Zeit des Nationalsozialismus verhöhnt. Dem widersprechen wir entschieden. Wir leben in einer Demokratie, wo Menschen, die sich aus welchen Gründen auch immer, nicht impfen lassen wollen, keiner lebensbedrohenden Verfolgung ausgesetzt sind. Vielmehr können sie öffentlich ihre Meinung vertreten.

Zum anderen werden aus der die Corona-Maßnahmen ablehnenden Szene vermehrt antisemitische Verschwörungsmythen verbreitet. Hier wird entweder die Gefährlichkeit des Virus zwar nicht geleugnet, aber als Vernichtungsfeldzug „der Juden“ behauptet. Oder die Impfung wird als Eingriff in das Erbgut der Menschen durch „jüdische“ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bezeichnet. In beiden Fällen wird unter Nutzung traditioneller antisemitischer Motive eine „jüdische Weltverschwörung“ konstruiert. Schuld, so die vergiftende Behauptung, sind die Juden.

Beiden Strategien, die der Gleichsetzung mit einer Diktatur und die der antisemitischen Ressentiments, widersprechen wir als Vorstand der GCJZ M-V mit aller Deutlichkeit. Wer so argumentiert, der verlässt den Bereich einer von Respekt geprägten Streitkultur. Wer aus welchen Gründen auch immer mit Menschen, die solche Positionen vertreten, bei Demonstrationen mitläuft, macht sich genauso schuldig, wie die Menschen, die diese Meinung vertreten.

Als Vorstand unserer Gesellschaft fordern wir die Mitglieder der christlichen Kirchen auf, sich ebenfalls klar zu positionieren und jeglichen Diktaturvergleich und allen antisemitischen Deutungen scharf zu widersprechen.